Deine Selbstreflexion könnte zu etwas Neuem werden, liebe Annalena

Ich finde Grünen-Chefin Annalena Baerbock zunehmend faszinierend. Aber nicht, weil ich etwa einen Hang zu wirren politischen Leitlinien der Partei entdeckt hätte. Bevor ich diese Partei jemals wähle, möge mir die rechte Hand abfallen. Aber Frau Baerbock befindet sich scheinbar in einem Selbstfindungsprozess, in dem sie zu merken scheint, wie wenig sich gutmenschliche Überzeugungen und das reale Leben in Einklang bringen lassen.

Ganze drei Tage ist es her, als ich hier darüber schrieb, dass die grüne Frontfrau (entschuldigung!) konsequent abschieben will, wenn Asylbewerber hier schwere Straftaten begehen. Da ist sie gedanklich deutlich weiter als zum Beispiel viele Politiker der CDU, die immer noch glauben, das Flüchtlingsproblem in Deutschland sei unter Kontrolle.

"Wenn die eigene Adresse im Internet kursiert oder der Bezug zu den Kindern hergestellt wird, macht das schon was mit mir", sagt Baerbock jetzg in deinem Interview mit dem Nachrichtenmagazin "Spiegel". Und weiter: Sie habe "fast jeden Tag" ein schlechtes Gewissen: "Weil es Momente gibt, in denen ich als Mutter fehle". Ja, liebe Annalena – ich darf doch Du sagen? – Kinder sind viel wichtiger als Job und Karriere, auch viel wichtiger als politische Ämter. Und private Daten von AfD-Politikern kursieren seit langem im Internet, ihre Häuser werden beschmiert, Fenster eingeschlagen und ihre Autos abgefackelt. Von der sogenannten "antifa", radikalen Sturmtruppen ähnlich den einstiegen Schlägertrupps der Nazis, nur dieses Mal von Links – um eines vermeintlich richtigen Zieles willen.

Mir gefällt Deine Selbstreflexion wirklich sehr. Ich wünschte, viele anderen in Deiner Partei würden sich auch auf diesen Weg begeben, nicht nur Boris und Du...

Von der Diskriminierung eines kleinen Kindes

"Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen."

...aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz des Bundes (AGG)...

Toleranz ist etwas wirklich Schönes. Die Meinung eines anderen Menschen oder einer anderen Partei aushalten, ohne sie akzeptieren oder übernehmen zu müssen. Diese bunte Gesellschaft der Vielfalt ist so stolz darauf, super tolerant zu sein und so unfähig, das auch tatsächlich zu leben.

An einer Waldorfschule in Berlin haben Lehrer- und Elternproteste dazu geführt, dass ein Kind nicht aufgenommen wird, das bereits in der angegliederten Kita war. Der Grund: der Vater ist Abgeordneter der AfD. Und deshalb darf das Kind jetzt nicht mit seinen Freunden aus der Kita in die Schule wechseln. In eine Waldorfschule wohlgemerkt.

Was wird das Kind aus diesem Vorgang lernen, wenn es alt genug ist, das zu begreifen? Was sind das für Lehrer, die ein Kind diskriminieren, weil ihnen die politischen Überzeugungen des Vaters nicht gefallen? Würde die Schule ein Kind aus einem linksradikalen Elternhaus ablehnen?

In unserer Gesellschaft gerät etwas gefährlich ins Wanken. Es wird gefährlich, wenn man zu "den Falschen" gehört. Es kann Berufswege zerstören. Es werden Autoscheiben zerschlagen und Infostände angegriffen. Und Kleinkinder werden jetzt in Sippenhaft für die Überzeugungen ihrer Eltern genommen. Weil alle ja so tolerant sind...

Sandra Scheeres, Berliner SPD-Senatorin für Bildung, Jugend und Familie hat sich nun eingemischt: "Es ist äußerst problematisch, dass ein Kind für das politische Engagement der Eltern verantwortlich gemacht wird." Das finden wir auch – und wie jetzt weiter?

Frühjahrsputz in der Vorweihnachtszeit

Mit der AfD ist es ein bisschen wie mit meinem Fußballverein – ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendwann mal langweilig gewesen ist. Der AfD-Bundesvorstand hat jetzt – endlich – ein Parteiausschlußverfahren gegen die Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Doris von Sayn-Wittgenstein, beschlossen. Nochmal: "ein Parteiausschlußverfahren gegen die Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein beschlossen". Vor ein paar Wochen hatte die Fraktion im Landtag Sayn-Wittgenstein bereits ausgeschlossen. Und vergangenes Jahr scheiterte sie um eine einzige Stimme daran, Bundesvorsitzende der Partei zu werden. Was man ihr jetzt vorwirft? Raten Sie mal...

Zum rechten Flügel um den Thüringer Landeschef und Spitzenkandidaten Björn Höcke soll sie gehören, der derzeit mit seinen Freunden auch in West-Landesverbänden der AfD überaus aktiv ist, um missliebige Personen aus dem Amt zu kicken. Sayn-Wittgenstein wird die Nähe zu einem rechtsradikalen Verein vorgeworfen. Aus der aktuellen Sitzung des Bundesvorstands der Partei wird erzählt, dass es auch noch "strafrechtliche Aspekte" geben soll, eine nette Bezeichnung für "Holocaust-Leugnung". Der AfD-Vorstand hat das Parteiausschussverfahren einstimmig beschlossen, und das ist ein Aspekt, der in den vergangenen Wochen auch in anderen Fällen deutlich wurde. Die bei Wahlen überaus erfolgreiche AfD hat erkennbar keine Lust mehr, ihre ernsthafte und ambitionierte Arbeit in den Parlamenten von einigen Spinnern aus dem "rechten Narrensaum" zerstören zu lassen. Gut so!

Die AfD hadert mit ihrer Jugendorganisation

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Braun, ist ein kluger strategischer Kopf und ein guter Typ. Wir kennen uns seit 40 Jahren – natürlich aus der Jungen Union. Jürgen macht Realpolitik, keine Spinnereien, keine Verschwörungstheorien, einfach nur solide bürgerlich-konservative Politik. Würde er hier im Wahlkreis antreten, meine Stimme hätte er.

Anders als einige andere in seiner Partei weiß er, dass radikale Sprücheklopfer das fast sichere Aus für eine Partei rechts der Union bedeuten können. Deshalb hat er einen mutigen Vorstoß gegen den – wie man das in der AfD inzwischen geläufig nennt "rechten Narrensaum" unternommen: Er will die Jugendorganisation der AfD noch einmal neu gründen. Denn – so Braun – auf Veranstaltungen der "Jungen Alternative" (JA) seien "seltsame Parolen gerufen und Gesänge angestimmt worden". Das soll es ja kürzlich auch bei einer Reise der Jungen Union (JU) gegeben haben. Nur dass die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden... Die JA in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bremen aber schon, was nur simpel gestrickte Geister für eine Lapaalie halten können. Die Beobachtung einer Organisation durch den Verfassungsschutz ist ein erheblicher Abschreckfaktor für Menschen, die noch ein Leben haben, im öffentlichen Dienst arbeiten oder Karriere machen wollen. Die rechten "Republikaner" sind in den 90er Jahren auch daran gescheitert.

Ob es eine neue JA geben wird, muss die Partei entscheinden – not my business. Beispiele für solche Neugründungen gibt es – sogar in der braven FDP. Als sich deren *Jugendorganisation* Jungdemokraten in den 70er Jahren extrem links radikalisierte, zogen die Liberalen die Notbremse. Und gründeten die Jungen Liberalen – heute der Jugendverband.

Alice Weidel und die Parteispenden aus dem Ausland

Der Kreisverband der AfD-Politikerin Alice Weidel am Bodensee hat eine Großspende von 130.000 Euro von einem Unternehmen aus der Schweiz (PWS Pharmawholesale International AG), angenommen, gestückelt in mehrere kleinere Teile und "treuhänderisch für einen Geschäftsfreund". Genau genommen hat die AfD in Weidels Kreis sogar zwei Großspenden aus dem Ausland angenommen. Denn im Februar 2018 überwies die "Stichting Identiteit Europa" (Stiftung Identität Europa) auch noch 150.000 Euro. Floris Berkhout, einer der Stiftungsgründer, erklärte gegenüber Medien, er teile Weidels Ansichten über das Thema Migration.

Bei dieser Überweisung fiel der AfD schnell auf, dass Spenden über 50.000 Euro der Bundestagsverwaltung gemeldet werden müssen. Spenden für Parteien aus einem EU-Land sind legal, Europa wächst schließlich zusammen. Das Geld aus den Niederlanden wurde zurücküberwiesen und auch als abgebrochener Jurastudent kann ich mir nicht vorstellen, dass aus diesem Vorgang strafrechtliche Konsequenzen für Frau Weidel entstehen könnten.

Anders ist es bei dem Geld aus Zürich, mit dem von der AfD offenbar erstmal gearbeitet wurde, bevor es zurückfloß. Ein Verstoß gegen das Parteiengesetz liegt hier eindeutig vor. Da kommt eine saftige Strafzahlung auf die rechtskonservative Partei zu.

Und natürlich lassen sich Rote und Grüne diesen Anlass nicht entgehen, draufzuhauen, dass es nur so kracht. Von "dubiosen Großspenden" und "zwielichtigen Stiftungen" ist die Rede, von einem "System" und von "Verschleierung", von "Verschwörung und Vertuschung". "Die Finanzierung der AfD durch Spenden aus dem Ausland im großen Stil muss durchleuchtet werden", schallt es aus der SPD, und die baden-württembergische SPD-Chefin Leni Breymaier, deren Namen ich (als politischer Journalist) bis heute Morgen noch nie gehört hatte, schoss den Vorgel ab, als sie dem "Handelsblatt" bezogen auf Weidel sagte: "Die Strenge, die sie so gern als Monstranz vor sich herträgt, sollte sie nun selbst beherzigen und als Fraktionsvorsitzende der AfD zurücktreten – und besser ganz auf ihr Mandat verzichten." Super, oder? Solche wunderbaren Formulierungen gab es bisher nur im Zusammenhang mit Sarah Wagenknecht, der man ja auch eine gewisse "Strenge" nachsagt, zumindest im Umgang mit missliebigen Parteifreunden.

Apropos missliebige Parteifreunde: die Geschichte, die öffentlich "durchgestochen" wurde (so nennen wir Journalisten das), kommt wohl von lieben Parteifreunden Weidels aus der baden-württembergischen AfD, die ihr den politischen Todesschuss versetzen wollen. Die beliebte Steigerung "Freund, Parteifreund, Todfeind", die man aus der CDU kennt, hat auch anderswo ihre Berechtigung.

Fassen wir zusammen:

- 1) Es kommt alles raus, immer.
- 2) Spendenaffären von Politikern und Parteien sind so alt, wie es Politiker und Parteien gibt.
- 3) In Deutschland gibt es Gesetze und Regeln, die ernst genommen werden. Und das ist gut so.
- 4) Beim Zeitungslesen fällt auf, dass Rote und Grüne die wenig Spenden von Unternehmen erhalten ordentlich auf die AfD draufhauen, während sich insbesondere der CDU die viele Spenden aus der Wirtschaft kassiert auffallend zurückhält. Aus gutem Grund, Bimbes und so...
- 5) Auch wenn meine AfD-Freunde auf Facebook schockiert sind: Die AfD ist eben auch nur eine ganz normale Partei wie die anderen...

Es geht nur um die Macht: 25% plus X reichen

Die Zersplitterung des Parteienspektrums in Deutschland hat zur Folge, dass Parteien mit unter 30 Prozent Stimmanteil einen Regierungsauftrag einfordern können, so wie am Abend die hessische CDU, die zuvor eine Klatsche von minus zehn Prozent kassieren musste. Sie verlor fast gleich viel an Grüne und AfD. Frei nach dem Motto: Wer nach allen Seiten offen sein will, der ist nicht ganz dicht.

Die CSU in Bayern und jetzt die CDU in Hessen haben massiv verloren und sind die Gewinner der zwei jüngsten Wahlgänge. So lange niemand mit der AfD verhandelt – und die Union bisher ja auch nicht mit der SED – reicht es. Und viele Politiker in der Union wissen das und kalkulieren damit. Denn es geht nicht um Politik, sondern um die Arithmetik der Macht.

Um einen Politikwechsel organisieren zu können, müssen politische Kräfte zusammen mindestens 50,1 Prozent der Stimmen hinter sich versammeln. Sonst gibt es keinen Politikwechsel...

Lernen wir uns kennen und reden wir über Deutschland!

Liebe Leserinnen und Leser,

die von mir angekündigten bürgerlichen Stammtische überall in Deutschland haben mit den ersten Veranstaltungen in Erfurt (Thüringen) und Leipzig (Sachsen) vergangene Woche begonnen. Thema: Wie ist es zu schaffen, dass aus der deutlichen Abfuhr für SPD, Linke und Grüne bei der Bundestagswahl eine andere Politik für unser Land entsteht? Das rot-rot-grüne Lager hat im Deutschen Bundestag nur noch 40 Prozent der Sitze. 60 Prozent der deutschen Wähler wollen offenbar eine andere Politik.

Doch dieses Problem ist nicht einfach mit dem Taschenrechner zu lösen, denn AfD, CDU/CSU und FDP haben in vielen Bereichen nicht nur nichts miteinander zu tun, sie stehen sich auch unfreundlich gegenüber. Und so wird weiter Politik in Deutschland gemacht, als hätte es die Bundestagswahl 2017 gar nicht gegeben. Und die Kanzlerin sagt, sie wisse nicht, was sie hätte anders machen sollen. Na, herzlichen Glückwunsch!

Die nächsten Stammtische werden im November in Berlin und Stuttgart/Ulm stattfinden. Lockere Gesprächskreise ohne Programm zum Kennenlernen und Meinungsaustausch. Wer dabei sein möchte: kelle@denken-erwuenscht.com anschreiben....

Wenn die AfD nicht konsequent gegen Extremisten vorgeht, wird sie scheitern

Ich bin derzeit für drei Tage in Berlin und absolviere in dieser Zeit 18 Gesprächstermine, darunter vier mit AfD-Politikern. Zwei von ihnen kannte ich schon, als es die AfD noch gar nicht gab. Und Freunde, die viele Jahre CDU-Mitglieder waren und dann – weil sie Frau Merkel nicht mehr ertragen können und wollen – zur AfD wechseln, sind keine "Nazis". Sie haben die Schnauze genauso voll wie ich an manchen Tagen, aber andere Schlussfolgerungen gezogen. Auf jeden Fall sind das engagierte Konservative, die etwas tun wollen, damit sich unser Land in eine andere Richtung bewegt. Und nichts an denen ist extremistisch.

Doch unabhängig davon hat jetzt eine Entwicklung begonnen, die lebensgefährlich für die rechtskonservative AfD sein kann. Jeder weiß das, der sich mit der Geschichte der einstigen "Republikaner" beschäftigt hat. Mehrere Verfassungsschutzämter wollen aktuell die AfD überwachen, berichten Medien. Beispielsweise sollen einige der gerade frisch gewählten Landtagsabgeordneten der AfD in Bayern Kontakte in rechtsradikale Netzwerke pflegen. Ein No-Go, und wenn in Bayern und anderen Bundesländern überwacht und damit auch stigmatisiert wird, werden sich bürgerliche Konservative von der AfD abwenden. Daran gibt es keinen vernünftigen Zweifel. Und das in einer Zeit, in der in Thüringen Björn Höcke gerade mit 88 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2019 gewählt wurde, in der sich Bundestagsabgeordnete der AfD zu Fototerminen auf der besetzten Krim die Türklinken in die Hand geben, und in der bekannt wird, dass eine AfD-Reisegesellschaft zu den Lebensstationen Adolf Hitlers gefahren ist und zumindest ein einzelner Teilnehmer sich mit einer Hakenkreuzfahne fotografieren ließ.

Was für Idioten sind da unterwegs, die die Arbeit vieler Tausender anständiger Parteimitglieder und Abgeordneten zunichte machen? Und erstaunlich ist auch, wie manche Parteimitglieder darauf reagieren, die bei politischen Gegnern kleinere Verstöße mit markigen Worten geißeln. Sie ziehen sich in die Wagenburg zurück. Alles Erfindungen der Lügenpresse, schreien sie. Frau Merkel hat die Grenzen geöffnet, schimpfen sie. Ganz falsche und hilflose Reaktionen.

Die AfD muss konsequent den Sumpf ausmisten, so wie vor 35 Jahren die Grünen, die Pädophile, Steinewerfer und Maoisten in ihren Reihen hatten. Es hat Jahre gedauert, aber die Grünen hatten Erfolg damit. Jeder Tag, an dem sich die große Mehrheit der Bürgerlichen in der AfD dieser Aufgabe verweigert, ist ein Mosaikstein auf dem Weg in die Zerstörung der eigenen Partei. Wer Deutschland "retten" will, kann nicht Selfies vor Hakenkreuzfahnen akzeptieren, oder dass ein Abgeordneter die (chwachsinns-)"Protokolle der Weisen von Zion" ernsthaft in die politische Debatte einführt.

Wer was nicht begreift

Der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz hat öffentlich mitgeteilt, er vermute, dass ich nicht begreife, dass die AfD nicht einfach eine Oppositionspartei, sondern sehr gefährlich sei.

Ich vermute, dass Herr Polenz nicht begreift, dass Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist.

Lieber Lars, macht doch einfach Politik für die Leute!

Den Namen von SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil haben die meisten von Ihnen wahrscheinlich ebenso wenig vorher bewusst wahrgenommen, wie die Namen der Herren Knoop und Ritzenhoff, nach denen ich hier kürzlich fragte. Und das ist auch verständlich, denn Leute wie Klingbeil, Nahles, Beck, Scharping und wie sie alle heißen, haben mit ihrer konsequenten Politik am Bürger vorbei ihre stolze sozialdemokratische Partei genau dahin geführt, wo sie heute eben steht: am Abgrund.

Und während man in ganz Deutschland über die Flüchtlinge, die Kriminalität, Dieselautos und den gerade vergebenen Friedensnobelpreis spricht, spricht Klingbeil über das größte Problem von allen: die AfD.

Ja, die AfD ist ein großes Problem für die etablierten Parteien in Deutschland. Nicht, weil sie keine klugen Köpfe mit Ideen hätte oder zu rechts ist, sondern einfach weil sie Erfolg hat. Die AfD wird derzeit getragenen von einer Welle des Missmuts in der Bevölkerung. 18,5 Prozent prognostizieren Wahlforscher, wobei Sie mir bitte die Anmerkung gestatten, dass merkwürdigerweise jetzt niemand aus der AfD mehr behauptet, die Umfragen seien alle manipuliert...

Aber zurück zu…wie heißt er noch? Ach ja, Lars Klingbeil! Der findet es "brandgefährlich", dass in der Union einige darüber nachdenken, ob man nicht dem bei der Bundestagswahl 2017 vom Volk bekundeten Willen tatsächlich nachgeben müssen. Wählerwillen und so. Eins ist ja klar: Die Wähler haben den vielen rot-grünen Zumutungen der vergangenen Jahre in der Wahlkabine eine eindeutige Abfuhr erteilt. Nur noch rund 40 Prozent der Abgeordneten im Deutschen Bundestag gehören SPD, Grünen und Linken an. Taschenrechner raus und – ja, tatsächlich – 60 Prozent haben diese Politik, die unserem Land, der

Inneren Sicherheit und den Familien geschadet und die Fördertöpfe für linke Schwachsinnsprojekte üppigst gefüllt haben, satt. Und Sie, liebe Leser, müssen mir nicht schreiben, dass die CDU oft dabei mitgemacht hat. Das weiß ich.

Deshalb zurück zum Lars, ich darf doch Du sagen!? Der ist total empört, dass Sachsens neuer CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Hartmann die Frage, ob die CDU nach der nächsten Landtagswahl in Sachsen vielleicht mit der AfD koalieren sollte, unbeantwortet ließ. Etwas nicht mainstreamgemäß zu verneinen, das ist heute im Deutschland der bunten Vielfalt geradezu gefährlich für die Karriere, auf jeden Fall aber ein politischer Skandal. Merke: Blau gehört jetzt nicht mehr zu Bunt dazu.

Und der Lars hat jetzt an die Gottkanzlerin appelliert, sie solle ein Machtwort sprechen, damit nicht mehr so unbotgemäß in der CDU gedacht wird. Nachdenken, auch über dan ganze Irrsinn, der sich derzeit in Deutschland abspielt? Bloß das nicht.

Mein Vorschlag, lieber Lars: Ihr seid doch auch Bundesregierung. Warum setzt Ihr nicht einfach das durch, was in der Bevölkerung gewünscht wird? 230.000 rechtskräftig von unseren Gerichten abgelehnte Asylbewerber abschieben zum Beipsiel. Mehr Personal, Befugnisse und bessere Ausstattung für unsere Polizei. Wiedereinführung der Wehrpflicht, ein paar Kampfflugzeuge und U-Boote in die Werkstatt und reparieren. Ursula von der Leyen zur Vatikan-Botschafterin ernennen. Die rund 200 Lehrstühle für die Schwachsinnsideologie Gender Studies zum Jahresende abwickeln – so wie es Ungarn und Bulgarien jüngst auch gemacht haben. Einfach mal die Fenster öffnen und frische Luft in die deutsche Politik lassen. Dann würde die SPD auch wieder 20 Prozent schaffen und die AfD keine 20 Prozent. Es ist alles so einfach...